

Genehmigungsverfügung zur 3. Nachtragshaushaltssatzung 2024

<i>Fachamt:</i> Fachbereich Finanzen	<i>Datum</i> 18.11.2024
<i>Bearbeitung:</i> Isabel Schulz	

Beratungsfolge

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
16.12.2024	Gemeindevertretung Ahlbeck	Kenntnisnahme

Sachverhalt

Die durch die Gemeindevertretung am 17.10.2024 beschlossene Haushaltssatzung ist hinsichtlich des Höchstbetrages der Kassenkredite genehmigungspflichtig.

Durch die Rechtsaufsichtsbehörde wurde mit Schreiben vom 08.11.2024 für das Jahr 2024 ein Höchstbetrag der Kassenkredite anteilig in Höhe von 2.066.000 € genehmigt.

Der Kredit für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen gemäß § 2 der Haushaltssatzung für 2024 wurde in Höhe von 582.600 EUR genehmigt.

Finanzielle Auswirkungen

	ja	nein			
fin. Auswirkungen					
im Haushalt berücksichtigt			Deckung durch:	Produkt	Sachkonto
Liegt eine Investition vor?			Folgekosten		

Anlage/n

1	Genehmigungsverfügung zum 3. Nachtragshaushalt 2024 der Gemeinde Ahlbeck öffentlich
---	---

Der Landrat des Landkreises Vorpommern-Greifswald als untere Rechtsaufsichtsbehörde



Landkreis Vorpommern-Greifswald, Postfach 11 32, 17464 Greifswald

Gemeinde Ahlbeck
Der Bürgermeister
durch das Amt "Am Stettiner Haff"
Stettiner Straße 1
17367 Eggesin

Amt für Kommunalberatung/-aufsicht und Kreistagsbüro
Sachgebiet: Kommunalberatung/-aufsicht
Auskunft erteilt: Tatjana Marquardt
Funktion: Sachbearbeiterin
Zimmer: 2.214
Telefon-Nummer: 03834 8760 1239
E-Mail: tatjana.marquardt@kreis-vg.de
beBPo: Amt für Kommunalberatung/-aufsicht Vorpommern-Greifswald
Ihr Zeichen: ...
Ihre Nachricht vom: 24.10.2024
Mein Zeichen: ...
Datum: 08.11.2024

Gemeinde Ahlbeck Haushaltsjahr 2024 3. Nachtragshaushaltssatzung und –plan mit den Bestandteilen und Anlagen

Beschluss der Vertretung	17.10.2024
Anzeige bei der Rechtsaufsichtsbehörde	28.10.2024 (digital) 30.10.2024 (postalisch)
Nachfrage/Nachforderung von Informationen etc.	28.10.2024
Anzeige der Informationen etc.	28.10.2024; 29.10.2024

Sehr geehrter Herr Schnellhammer,

nach Prüfung der Unterlagen und Anhörung vom 05.11.2024 ergehen zu den genehmigungspflichtigen Teilen der 3. Nachtragshaushaltssatzung folgende

I. **Entscheidungen:** =====

1. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen gemäß § 2 der Haushaltssatzung für 2024

- Vom Gesamtbetrag in Höhe von 585.300 Euro wird gemäß § 52 Absatz 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V), ein Betrag in Höhe von **582.600 €**

(in Worten: **fünfhundertzweiundachtzigtausendsechshundert Euro**)

genehmigt.

- Die Genehmigung des Restbetrages in Höhe von **2.700 €**

(in Worten: **zweitausendsiebenhundert Euro**)

wird gemäß § 52 Absatz 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) **versagt**.

2. Kassenkredite gemäß § 4 der Haushaltssatzung für 2024

=====

- Vom Gesamtbetrag in Höhe von **2.600.000€** wird gemäß § 53 Absatz 3 KV M-V, zunächst **ein Betrag in Höhe von 2.066.000€**

(in Worten: **zwei Millionen sechszehntausend Euro**)

genehmigt.

II. Begründung zur Kreditgenehmigung für Investitionen für 2024

=====

- 1. Prüfung des Haushaltsausgleiches nach § 16 Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik für das Land Mecklenburg-Vorpommern (GemHVO-Doppik)**
 - 2. Beurteilung und Nachweis der dauernden Leistungsfähigkeit nach § 17 GemHVO-Doppik**
 - 3. Begründung zu den rechtsaufsichtlich getroffenen Entscheidungen**
-
- 1. Prüfung des Haushaltsausgleiches nach § 16 Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik für das Land Mecklenburg-Vorpommern (GemHVO-Doppik)**

a) Ergebnishaushalt

Der Haushalt ist in der Planung ausgeglichen, wenn der Ergebnishaushalt unter Berücksichtigung von noch nicht ausgeglichenen Fehlbeträgen und vorgetragenen Überschüssen aus Haushaltsvorjahren gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 27 keinen Fehlbetrag ausweist.

Der vollständige Ausgleich des Ergebnishaushaltes nach § 16 Absatz 1 Nummer 1 ist gegeben, wenn kein Fehlbetrag zum 31. Dezember des Haushaltsjahres ausgewiesen wird (Anlage 3 Muster 6 zu § 2 Absatz 1 Nummer 27 Spalte 3).

Im Ergebnishaushalt der Gemeinde für 2024 wird bei Nummer 27 ein Betrag in Höhe von -462.271 Euro ausgewiesen, dementsprechend wird der vollständige Ausgleich des Ergebnishaushaltes nicht erreicht.

Der jahresbezogene Ausgleich des Ergebnishaushaltes ist gegeben, wenn kein Jahresfehlbetrag ausgewiesen wird (Anlage 3 Muster 6 zu § 2 Absatz 1 Nummer 25 Spalte 3).

Im Ergebnishaushalt der Gemeinde für 2024 wird bei Nummer 25 ein Betrag in Höhe von -317.400 Euro ausgewiesen, dementsprechend wird der jahresbezogene Ausgleich des Ergebnishaushaltes nicht erreicht.

- ⇒ Die Gemeinde kann im Haushaltsjahr 2024 weder einen jahresbezogenen, noch einen vollständigen Ausgleich des Ergebnishaushaltes ausweisen.

b) Finanzhaushalt

Der Haushalt ist in der Planung ausgeglichen, wenn im Finanzhaushalt kein negativer Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 39 besteht.

Der vollständige Ausgleich des Finanzhaushaltes nach Absatz 1 Nummer 2 ist gegeben, wenn kein negativer Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres ausgewiesen wird (Anlage 3 Muster 7 zu § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 39 Spalte 3).

Im Finanzhaushalt 2024 wird bei Nummer 39 ein negativer Saldo in Höhe von -1.858.074 Euro ausgewiesen, ein vollständiger Ausgleich des Finanzhaushaltes wird nicht erreicht.

Der jahresbezogene Ausgleich des Finanzhaushaltes ist gegeben, wenn kein negativer jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen ausgewiesen wird (Anlage 3 Muster 7 zu § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 37 Spalte 3).

Im Finanzhaushalt 2024 wird bei Nummer 37 ein negativer Saldo in Höhe von -482.200 Euro ausgewiesen, auch ein jahresbezogener Ausgleich des Finanzhaushaltes wird nicht erreicht.

- ⇒ Die Gemeinde kann im Haushaltsjahr 2024 weder einen jahresbezogenen, noch einen vollständigen Ausgleich des Finanzhaushaltes ausweisen.

2. Beurteilung und Nachweis der dauernden Leistungsfähigkeit nach § 17 GemHVO-Doppik

Das Ministerium für Inneres und Europa legte mit der Anlage 6 zur Verwaltungsvorschrift zur Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik und Gemeindekassenverordnung-Doppik (GemHVO-GemKVO-DoppVV M-V) Kriterien fest.

Folgende Haushaltskriterien sind für das Vorliegen einer **weggefallenen dauernden Leistungsfähigkeit** prägend:

- Haushaltsausgleich:

Der Ausgleich des Ergebnishaushalts und des Finanzhaushalts wird im Haushaltsjahr und im Finanzplanungszeitraum nicht erreicht und kann innerhalb des im Haushaltssicherungskonzept

angegebenen Konsolidierungszeitraums nicht dargestellt werden oder es liegt kein Haushaltssicherungskonzept vor.

- Bilanzielle Überschuldung:

Es liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, die bis zum Ende des im Haushaltssicherungskonzept angegebenen Konsolidierungszeitraums nicht abgebaut wird.

Ein Wegfall der dauernden Leistungsfähigkeit ist bereits gegeben, wenn nur eines der genannten Kriterien erfüllt ist.

- ⇒ Die Gemeinde kann den Haushaltsausgleich im Finanzplanungszeitraum nicht erreichen. Mit dem, den Haushaltsunterlagen beiliegendem RUBIKON-Auszug wird die Leistungsgruppe 4 bestätigt, der Gemeinde muss die weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit bescheinigt werden.

3. Begründung zu den rechtsaufsichtlich getroffenen Entscheidungen zu den Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen gemäß § 2 der Haushaltssatzung für 2024

Die Rechtsaufsichtsbehörde (uRAB) hat die vorgesehenen Kreditaufnahmen nach den Grundsätzen einer geordneten Haushaltswirtschaft zu prüfen. Sie ist in der Regel zu versagen, wenn die Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit nicht im Einklang stehen (§ 52 Absatz 2 KV M-V).

Oberster Grundsatz einer geordneten Haushaltswirtschaft ist, dass die Summe aller Zins- und Tilgungsleistungen in Gegenwart und Zukunft die Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht übersteigen.

Der Gemeinde muss eine weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit testiert werden.

Gemäß § 17a Absatz 2 GemHVO-Doppik sind Kreditaufnahmen für Investitionen bei eingeschränkter, gefährdeter oder weggefallener dauernder Leistungsfähigkeit nur zulässig, soweit

1. die Folgekosten der geplanten Investitionsmaßnahme die Erreichung des Haushaltsausgleiches zum Ende des Finanzplanungszeitraumes nicht gefährden oder
2. die geplanten Investitionsmaßnahmen zur Sicherung der pflichtigen Aufgabenerfüllung notwendig sind oder der Wiedererlangung der dauernden Leistungsfähigkeit dienen oder ihr zumindest nicht entgegenstehen.

Neben der Zulässigkeit pflichtiger Maßnahmen eröffnet Absatz 2 Nummer 2 damit insbesondere auch für Gemeinden mit eingeschränkter, gefährdeter oder weggefallener dauernder Leistungsfähigkeit die Möglichkeit, angemessene Maßnahmen im freiwilligen Aufgabenbereich durch Kreditaufnahmen für Investitionen zu finanzieren.

Zulässig sind nach Absatz 2 Nummer 2 Maßnahmen im freiwilligen Aufgabenbereich, sofern sie

- a) der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit dienen, das heißt eine wirtschaftliche Aufgabenwahrnehmung ermöglichen (beispielsweise Senkung des Zuschussbedarfs nach energetischer Sanierung einer Kultureinrichtung), oder
- b) der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit nicht entgegenstehen; umfasst sind im Wesentlichen Maßnahmen im Bestand, die nicht zu einer Erhöhung des bisherigen Zuschussbedarfs führen.

Maßnahmen im freiwilligen Aufgabenbereich, insbesondere die Schaffung neuer oder die Erweiterung bestehender Einrichtungen, die zu einer Erhöhung des Zuschussbedarfs führen, stehen der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit grundsätzlich entgegen, sofern der erhöhte Zuschuss nicht dauerhaft und verbindlich durch einen Dritten getragen wird.

Bei der Beurteilung der Auswirkungen auf den Haushalt sind die Folgekosten durch die Umsetzung der Maßnahme, insbesondere der Schuldendienst, die planmäßigen Abschreibungen, Sachauszahlungen/-aufwendungen und Personalauszahlungen/-aufwendungen, den bisherigen Aufwendungen und Auszahlungen für die Erfüllung der Aufgabe gegenüberzustellen.

Die ermittelten Aufwendungen und Auszahlungen sind um korrespondierende Einzahlungen und Erträge (beispielsweise Gebühren, Zuwendungen, Spenden, Auflösung von Sonderposten) zu mindern.

Diese Unterlagen sind der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen, der Nachweis zur Zulässigkeit der Investition ist von der Gemeinde zu erbringen (17a Absatz 3 GemHVO-Doppik).

Für die Maßnahmen, die im Investitionsprogramm 2024 des 3. Nachtragshaushalts 2024 aufgelistet sind, werden die Kreditermächtigungen in voller Höhe erteilt. Der beantragte Investitionskredit ist zu hoch und wird gekürzt. Die Berechnung der genehmigten Investitionskredithöhe ergibt sich aus Anlage 1.

III. Begründung zum Kassenkredit =====

Gemäß § 53 KV M-V hat eine Gemeinde jederzeit ihre Zahlungsfähigkeit sicherzustellen. Zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlung kann die Gemeinde Kassenkredite bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten und genehmigten Höchstbetrag aufnehmen, soweit keine anderen Mittel bereitstehen.

Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag der Kassenkredite der Gemeinde bedarf einer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde, soweit dieser zehn Prozent der im Finanzhaushalt veranschlagten laufenden Einzahlungen (Zeile 9) übersteigt. § 52 Absatz 2 Satz 2 KV M-V gilt entsprechend.

Im Finanzhaushalt wurden laufende Einzahlungen in folgender Höhe veranschlagt (Zeile 9)	1.125.600
10 Prozent der laufenden Einzahlungen (genehmigungsfreier Betrag)	112.560

Der von der Gemeinde festgesetzte Kassenkredit in Höhe von 2.600.000 Euro übersteigt damit den genehmigungsfreien Rahmen.

Von der Rechtsaufsichtsbehörde wurde folgender genehmigungsfähiger Kassenkreditbetrag ermittelt:

Betrag der liquiden Mittel lt. Muster 5b (Zeile 17)	-940.968
ggf. Mittel zur Vorfinanzierung mittelfristiger Verbindlichkeiten (Bsp.: bewilligte Fördermittel, Einnahmen aus absehbaren Grundstücksverkäufen)	-575.500
Vorfinanzierung genehmigter Investitionskredit 2024	-582.600
Ermächtigungsübertragungen nach 2024	+33.900
Summe	-2.065.168

Aufgrund derzeitiger fehlender Notwendigkeit einer Inanspruchnahme der veranschlagten Kassenkredithöhe wird ein abweichender, geringerer **Kreditbetrag in Höhe von 2.066.000 Euro genehmigt.**

Sofern im Laufe des Haushaltsjahres ein höherer Kassenkreditbedarf festgestellt wird, so ist die Rechtsaufsichtsbehörde umgehend zu informieren, damit ein ggf. höherer Kreditbetrag genehmigt werden kann.

Hinweise:

Die Rechtsaufsichtsbehörde ging bei den Genehmigungen davon aus, dass die Maßnahmen veranschlagungsreif im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik sind. Eine Veranschlagungsreife von Auszahlungen für Investitionen und Verpflichtungsermächtigungen liegt grundsätzlich erst mit dem Abschluss der Entwurfsplanung inklusive Kostenberechnung (entspricht der Leistungsphase 3 nach HOAI), bei einer vorgesehenen Einwerbung von Investitionszuweisungen ggf. auch erst mit Abschluss der Genehmigungsplanung (entspricht der Leistungsphase 4 nach HOAI) vor.

Aus der Veranschlagung von Vorplanungskosten ergibt sich kein Anspruch auf eine finanzaufsichtlich positive Bewertung der Investition; auf das finanzielle Risiko „vergeblicher“ Vorplanungskosten wird hingewiesen. Maßnahmen dürfen grundsätzlich erst begonnen werden (Aus-schreibung), wenn die Finanzierung vorhanden ist.

Die Verfügung ist den Gemeindevertretern in geeigneter Form zur Kenntnis zu geben und bei der öffentlichen Bekanntmachung auf die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde hinzuweisen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Landrat des Landkreises Vorpommern-Greifswald, Feldstraße 85a, 17389 Greifswald erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Robert Praefcke
Sachgebietsleiter Kommunalberatung/-aufsicht



Anlage 1: Investitionsprogramm 2024

Bezeichnung der Investition für die pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe bzw. pflichtige Aufgabe	Investitionskosten	Einzahlungen	Ist die Investition zur pflichtigen Aufgabenerfüllung notwendig? (ja/nein)
Errichtung von Brunnen	12.000 €	- €	ja, Brandschutz
Sanierung Turnhalle	974.800 €	412.500 €	ja, Schulsport
(energetische) Sanierung Grundschule	54.600 €		ja, Schule
Digitalpakt Schule	10.000 €	10.000 €	ja, Schule
Anbaugeräte Kommunaltechnik	5.000 €		ja, Bauhof
gesamt	1.056.400 €	422.500 €	

Einzahlungen aus o.g. Inv.	422.500 €
investiver Vortrag lt. Muster 5b mit vorl. Ist 2023	- 54.574 €
zweckgebundene Mittel zum 31.12.2024 (angesparte Pauschale nach § 8a KAG M-V)	14.500 €
Ermächtigungsübertragungen aus 2023	33.900 €
weitere Einzahlungen	44.300 €
Saldo	- 624.774 €

Bezeichnung der Investition für die freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe	Investitionskosten	Einzahlungen	Gefährdet die Investition die Wiedererlangung der Leistungsfähigkeit?
Verkauf von Baugrundstücken im B-Gebiet	40.500 €	100.000 €	
Erweiterung Spielplatz	11.000 €	8.700 €	nein, z.T. spendenfinanziert
Erweiterung Straßenbeleuchtung	15.000 €		nein, lt. Orientierungsdatenerlass 2023 kreditierungsfähig
gesamt	66.500 €	108.700 €	

Einzahlungen aus o.g. Inv.	108.700 €
Saldo aus freiwill. Inv.	42.200 €
Saldo aus pflichtigen Inv.	- 624.774 €
Gesamtkreditbedarf	- 582.574 €
genehmigungsfähiger Kreditbetrag	582.600 €
beantragter Kredit	585.300 €
Kreditkürzung	2.700 €